

Stellungnahme der Landesrektorenkonferenz Schleswig-Holstein zur Gewalt gegen Hochschulangehörige im Iran

Lübeck, 18.10.2022

Die Landesrektorenkonferenz Schleswig-Holstein verurteilt in aller Deutlichkeit die Gewalt und Angriffe gegen Hochschulangehörige im Iran. Nach dem gewaltsamen Tod der 22-jährigen Mahsa Amini am 16.09.2022, die von der Sittenpolizei wegen eines angeblich nicht den Vorschriften entsprechend getragenen Kopftuches in Gewahrsam genommen wurde und anschließend verstarb, finden im Iran massive Proteste statt. Viele Angehörige der iranischen Hochschulen protestieren dabei für ihre Freiheit, für Menschenrechte und insbesondere für die Rechte der Frauen im Iran. Anfang Oktober wurde in übereinstimmenden Medienberichten von einem gewaltsamen Vorgehen gegen friedlich Demonstrierende, der Aussetzung von Lehrveranstaltungen an iranischen Hochschulen sowie einem versperrten Zugang zu den Hochschulen berichtet.

„Wir sind über dieses Vorgehen des Staates äußerst beunruhigt und verurteilen es auf das Schärfste. Unsere Solidarität gilt allen Menschen im Iran, die sich friedlich und mutig für Menschenrechte und dabei insbesondere die Rechte von Frauen, für Freiheit und Wissenschaftsfreiheit sowie für ein friedvolles Miteinander der verschiedenen Kulturen einsetzen und sich gegen Diskriminierung und Unterdrückung wehren“, so die Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz Schleswig-Holstein Prof. Gabriele Gillessen-Kaesbach. Sie appelliert an alle Beteiligten, auf Gewalt zu verzichten.